

Berliner Tageblatt

Nr. 402

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Londoner Betrachtungen über Deutschlands Aufgabe.

England rät zum Ausharren.

„Die Hauptverantwortung liegt bei Deutschland.“ — Anerkennung der Aktivität des Kabinetts Stresemann. — Die belgischen Forderungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 28. August.

Wir berichteten in den letzten Tagen von den großen Hoffnungen, die man hier auf das Kabinet Stresemann setzt. Dies wird heute in vollem Umfange in einem Leitartikel der „Times“ bestätigt, der eine Aufforderung an Deutschland ist, noch für einige Zeit auszuhalten und den Zusammenbruch zu vermeiden. Im Augenblick liege die Hauptverantwortung bei Deutschland. Wenn es sich nicht aus eigener Kraft während der jetzigen unvermeidlichen Zwischenpause vor dem Zusammenbruch retten könne, dann könne kein anderes Land etwas für die Lösung der Schwierigkeiten tun. Wenn aber Deutschland diese Kraft aufbringe, dann könne es möglich sein, daß das Schlimmste vermieden werde. Das Blatt erkennt die Energie der deutschen Regierung bereitwillig an. Die Nachricht, daß Deutschland selbständige Versuche mache, sich selbst zu helfen, sei die beste Nachricht, die man in der gegenwärtigen Lage empfangen habe. Obwohl die unmittelbaren Folgen der neuen deutschen Maßnahmen nicht ermutigend wären, so könne man doch die Kraft, die hinter diesen Maßnahmen stehe, begrüßen und von ihrer günstigen Wirkung erhoffen. Der neue deutsche Kurs sei heute von höchster Bedeutung, um, wenigstens zeitweilig (?), zur Stabilisierung Europas zu führen. Von dem innerpolitischen Zusammensturz Deutschlands hänge eine endgültige Lösung in weitestem Umfange ab. Das Blatt legt ferner auseinander, daß die gegenwärtige politische Lage unvermeidlich sei, denn die Noten müßten sorgfältig geprüft werden, ebenso wie die neuen Schritte, die dann ergreifen würden. Allerdings müsse man sich fragen, ob überhaupt noch etwas getan werden könne, und ob der englisch-französische Gedankenaustausch irgendwelche Ergebnisse zeitigt habe. Diese letztere Frage wird von den „Times“, die von der „reineigenden Wirkung“ der Veröffentlichung des Notenwechsels sprechen, bejaht. Die offene Aussprache habe aber auch dazu geführt, daß jetzt Frankreich nicht mehr die einzige handelnde Macht sei, während Europa in hilfloser Untätigkeit verharre. Jetzt habe sich England zu rufen und ebenso Deutschland, dessen neue Aktivität zweifellos ein Gewinn sei. Insofern habe sich allerdings die Lage gebessert. Angesichts der allgemeinen Untätigkeit Europas bedeute die französische Tätigkeit im Ruhrgebiet den Ruin. Wenn aber England, Belgien, Frankreich und Deutschland gemeinsam einen Versuch machen, das Reparationsproblem auf einer vernünftigen Grundlage zu regeln, dann könnte die wiederhergestellte Integrität des Ruhrgebietes ihren Platz in einem allgemeinen Garantiesystem für die Bezahlung der Reparationen finden. Die „Times“ heben nochmals hervor, daß England den Vorschlag Deutschlands, seine Zahlungsfähigkeit durch eine Sachverständigenkommission zu prüfen, billige. Aber auch Frankreich leugne diese Notwendigkeit nicht vollkommen ab. Ferner habe Dr. Stresemann von industriellen Garantien gesprochen und über diese Frage hätten belgische Sachverständige einen eingehenden Plan ausgearbeitet.

Im selben Zusammenhange ist die Mitteilung des „Daily Chronicle“ bemerkenswert, daß Belgien in seiner neuen Note 5 1/2 Milliarden beanspruche. Damit seien bis jetzt Forderungen in Höhe von 45,7 Milliarden Goldmark festgesetzt. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bestätigt, daß sich Belgien für eine Reparationssumme von 50 Milliarden Goldmark entschieden habe. Das bedeute, daß es im Gegensatz zu England die Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit für überflüssig halte. Der Korrespondent erwähnt ferner, daß die „Times“ und „Daily Chronicle“ der bis jetzt noch nicht veröffentlichten belgischen Note, die gestern nach hier eingetroffen ist, Man könne nicht sagen, ob Belgien in der Frage der Ruinierung der Ruhr eine befriedigende Lösung gefunden habe. Man dürfe es also als keineswegs sicher annehmen, daß die belgische Note die Regelung der Schwierigkeiten beschleunigen werde. Auch „Daily Chronicle“ warnt, auf eine baldige Besserung zu rechnen. Was die internationalen Konferenzen betreffe, so könne nichts hierüber gesagt oder beschlossen werden, bevor die belgische Antwort geprüft sei. Wenn diese Note zusammen mit der französischen Note die Grundlage für weitere Besprechungen enthalte, dann könnte es wohl zu einer Konferenz zwischen England, Frankreich und Belgien kommen. Nach dem „Daily Express“ glaubt Baldwin, daß die Konferenz, die er in seiner Note vorschlägt, zu Ergebnissen führen könne. Die belgische Note bestätige, daß das Ruhrgebiet nur als Pfand besetzt sei. Die belgische Regierung habe nicht die Absicht, die Besetzung ins Unendliche auszu dehnen. Auf einfache deutsche Verpflichtungen hin aber könne die Ruhr nicht geräumt werden. In einem Anhang, so sagt das Blatt hinzu, besche sich die belgische Note mit den riesigen Schulden Belgiens und seiner schwierigen finanziellen Lage. Trotz aller dieser Zweifel an dem Nutzen der belgischen Note, schreibt „Daily Chronicle“, geht augenblicklich eine Welle von Optimismus über die ausländischen Kreise Londons. Denn „man fühle inständig“, daß man sich einer Lösung nähere. Anzunehmen sei man der Ansicht, daß man dem deutschen Kanzler zu verstehen gegeben habe, die Franzosen seien zur Prüfung eines Angebots bereit, das ihnen ermöglichen würde, die Art der Besetzung zu ändern, soweit dies ohne Prestigeverluste geschehen könne. Aber, sagt das Blatt hinzu, es sei schwer zu sagen, welches Angebot Deutschland machen könne, ohne seine bisherige Politik umzuwerfen.

Paris, 28. August. (M. T. B.)

Wie die Morgenblätter mitteilen, begibt sich Poincaré am Samstag nach Trier, wo er den Vorfall bei einer zu Ehren des 100. Geburtstages des Schriftstellers Ernest Renan veranstalteten

Feier führen wird. Bei seiner Rückkehr werde er einem Bankett in St. Brievre betwohnen.

Heute Veröffentlichung der belgischen Note.

Der „unveränderte Standpunkt.“ — England soll eine Konferenz einberufen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die belgische Antwort auf die englische Note vom 11. August ist gestern dem Vorkämpfer Englands in Brüssel überreicht worden. Zwei Abschriften trafen am gleichen Tage in Paris ein und wurden sogleich von der belgischen Botschaft an Baldwin und Lord Curzon weiter befördert, die beide zur Kur in Frankreich seien. Der Text wird im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden. Die französischen Zeitungen vermelden vorläufig jedes Urteil. Es wird nur im allgemeinen gemeldet, daß die belgische Antwort den französischen Standpunkt unterkühle, aber eine von allen Verbündeten gemeinsam unternommene „wirtschaftliche“ Ausnutzung der Ruhrzone der jetzigen Besetzungsmethode vorziehen würde. (Scho de Paris) Das „Devoir“ glaubt, mitteilen zu können, daß die belgische Regierung mit Nachdruck für eine Konferenz der Verbündeten eintrete, die auch in London gewünscht werde. Ob diese Informationen zutreffen, wird sich in wenigen Stunden zeigen. Der französische Ministerpräsident läßt aber jetzt bereits durch seinen offiziellen Wortführer mitteilen, daß die Anregung zu einer Besprechung der Alliierten von der englischen Regierung ausgehen müsse, die sich zunächst für die belgischen und französischen Antwort sei und sich zunächst noch einmal über den „unveränderten Standpunkt“ Frankreichs und Belgiens äußern müsse. Poincaré halte auch eine private Auseinandersetzung mit dem englischen Premierminister, wie sie wieder einmal von einigen Zeitungen angekündigt wird, für nutzlos. Die Auffassung Frankreichs befinde sich auf dem Standpunkt, die diplomatischen Verhandlungen, die jetzt zwischen Paris, London und Brüssel im Gange seien, durch „unabhängige Verhandlungen wie Konferenzen oder Ministerzusammenkünfte“ zu beschleunigen.

Diese offizielle Ansicht wird von einigen Oppositionsführern stark verurteilt, aber sie zeigt deutlich die Methode Poincarés, wie sie bereits in den letzten Sonntagsreden erkennbar wurde. Der französische Ministerpräsident will wieder einmal Deutschland „nach dem geschmackvollen Bild des Matin“ — in der eigenen Saure schmecken lassen. Wieder einmal wird der „Zusammenbruch“ Deutschlands angekündigt, wenn der Kanzler Stresemann nicht durch Bescheid auf den positiven Widerstand die Ruhrfrage im Sinne Frankreichs löse. Die französischen Berichterstatter in Berlin melden übereinstimmend, daß die „Enttäuschung“ über die Rede Poincarés in der deutschen Presse und bei der deutschen Regierung sehr groß sei. Man habe in Berlin stark darauf gerechnet, daß Poincaré dem Kanzler Stresemann helfen werde, die Schwierigkeiten zu überbrücken; aber der französische Ministerpräsident habe seine Verantwortung dazu, dem neuen Führer des deutschen Volkes die Verantwortung abzunehmen. Die Beurteilung der letzten Rede Poincarés in den maßgebenden politischen Kreisen Berlins wird in diesen französischen Meldungen nicht richtig geschildert. Irrendweshalb will man sich in Berlin durchaus nicht hingeben, wenn man höre, als die Berichte über Poincarés Rede hier vorliegen, vielfach die Auffassung vertreten, daß deren Text schon feststand, bevor der Reichszentralrat seine außenpolitische Rede hielt. D. Red.) Dr. Stresemann müsse trotz unbestimmter Anmerkungen erst eine unzuweibende Erklärung über die Frage des passiven Widerstandes abgeben, wie es auch die öffentliche Meinung in Deutschland zu wünschen scheint. (Dazu haben wir nicht das Geringste bemerkt. D. Red.) Seit vierzehn Tagen habe die deutsche Presse von dem passiven Widerstand nicht mehr gesprochen und die Wirkung habe sich in einer deutschen Entspannung gezeigt. (Anfangs wurde in Paris mit Stirnrungen vermerkt, daß Dr. Stresemann sich über die Frage des passiven Widerstandes nicht geäußert habe. Jetzt wird derselbe Umstand als Vorteil bezeichnet. Eine bemerkenswerte Meinungsänderung! D. Red.) Auf diesem Wege also müsse Dr. Stresemann weitergehen, wenn er Erfolge erzielen wolle. Er könne in der inneren Politik nichts erreichen, ehe er nicht durch eine „Regelung“ des Ruhrkonflikts die Gefahren der äußeren beseitigt habe.

Die Notlage der Länder und Gemeinden.

Besprechungen im Reichsfinanzministerium.

Gestern fanden im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Landesregierungen, des Deutschen Evidenzrates, des Reichsstatistikbundes und des Bundesverbandes eingehende Verhandlungen über die Frage statt, wie der finanzielle Notlage der Länder und Gemeinden abgeholfen werden kann. Es wurde allgemein darauf hingewiesen, daß sich die Notlage infolge der in letzter Zeit eingetretenen starken Geldentwertung, der erheblichen Verschärfung der Wirtschaftslage und der durch die Anpassung der Wäge der Beamten, Angestellten und Arbeiter an die Geldentwertung erforderlich gewordenen Gehalts- und Lohnaufbesserungen in besorgniserregender Weise vergrößert habe. Es wurde deshalb von fast allen Seiten gefordert, daß die vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtenbezüge mit Rücksicht auf die Entwicklung und die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Zahlungsmittel kästigt eingestellt werden sollten, wobei auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen sei. Nach längeren Verhandlungen wurde in beinahe allen Punkten eine vollständige Einigung erzielt.

Reise nach Lettland.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen. — Eisenbahn- und Luftverkehr. — Der Osten und Deutschland.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. K. J. v. Voss (Hans Vorst).

Riga, August 1923.

Als ich, einer Einladung des Komitees der diesjährigen dritten Rigaer Messe folgend, meine Fahrt nach Lettland antrat, hatte ich schon in Berlin auf dem Bahnhof Friedrichstraße Gelegenheit, Betrachtungen über den Wandel der Zeiten anzustellen, und Vergleiche mit jenem Besuch in Lettland im Sommer 1920 zu ziehen, über den ich damals an dieser Stelle berichtet habe. Schon an den Verkehrsverhältnissen gewinnt man einen ersten Maßstab für die Beruhigung, welche seither im Osten eingetreten ist. Während damals, vor drei Jahren, eine Eisenbahnfahrt nach Riga, wenn ich nicht irre, noch fast drei Tage dauerte und wiederholten beschwerlichen Wagenwechsel bei schlechtesten Anschlüssen erforderlich machte, begrüßt den Reisenden jetzt auf den Berliner Bahnhöfen ein direkter Wagen mit der freundlichen Aufschrift: „Berlin—Riga“, der einen in 28 Stunden ans Ziel bringt. Die Fahrt geht nicht mehr über Wilna, wie vor dem Kriege — das macht der polnisch-litauische Streit unmöglich —, sondern sie führt, sobald man die deutsche Grenze überschritten hat, über Städte mit fremden Namen, wie Rannas und Meitene, die man durch einen Blick auf die Karte als die im Jarenreich nie gehörten und fast als staatsgefährlich verdächtig litauischen oder lettischen Besiedlungen für Romo, Mitau usw. erkennt. Die europäische Normalspur, ein Werk des Krieges, das nur dem Frieden dient, verbindet jetzt den Westen mit Riga, von wo die breite russische Spur nach Osten führt, wodurch die Bedeutung dieses Umschlagplatzes für den Handel mit dem Osten besonders deutlich hertritt.

Vor drei Jahren war noch Krieg zwischen Rußland und Polen. Meine Reise, die ich damals in Uternah, führte mich von Polen aus durch die baltischen Staaten. In Warschau wußte niemand zu sagen, ob und welche Zugverbindungen bestünden. In Wilna und Dinaburg (jetzt „Dougavpils“) blieb man je einen Tag liegen. Rann in Riga angelangt, erfuhr ich, daß die Russen die eben durchgemessene Strecke besetzt hatten bei jenem Durchbruch, dem der schnelle Vormarsch der polnischen Truppen aus der Ukraine und der Rückmarsch der Roten Armee bis tief in polnisches Gebiet hinein folgte. Trotz der seither erfolgten Friedensschlüsse hat die Unruhe und Erregung jener Zeiten, die Furcht vor der „Roten Welle“ noch lange nachgezeitert. Für den ferner stehenden Beobachter war es, wie an dieser Stelle wiederholt ausgeführt worden ist, schon lange deutlich, daß die Sowjetregierung keine Angriffspläne mehr gegen ihre westlichen Nachbarn hegte, sondern seit dem ersten Friedensschluß mit Estland konsequent eine Politik verfolgte, die auf die Wiederaufbauung frieblicher Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen gerichtet war. Aber erst in jüngerer Zeit hat diese Ansicht auch in Lettland und Estland festeren Fuß gefaßt, sind die alarmierenden Gerüchte über militärische Angriffspläne Rußlands verstummt, die immer wieder von Riga oder Reval aus in die Welt geschickt wurden, ist auch psychologisch jene Beruhigung eingetreten, die nötig ist, um das schon oft gebrauchte Wort wahr zu machen, daß die jungen baltischen Staaten eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen bilden müssen, wenn sie blühen und bestehen wollen. Der Besuch in Lettland zeigt bald, daß hier bereits viel praktische Arbeit geleistet wird, um den beträchtlichen russischen Durchgangsverkehr aufzunehmen, den künftigen Behauptungen Rußlands in dieser Hinsicht voll gerecht zu werden und alles auszunutzen, was aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Explosion führen könnte. Zugleich ist politisch die Einigkeit gereift. Wenn vor drei Jahren in einem Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ulmanis die Besorgnis auftauchte, ob nicht eine spätere deutsch-russische Konstellation auf Kosten der baltischen Staaten zustande kommen könnte, so zeigte sich jetzt in Unterredungen mit führenden Persönlichkeiten Lettlands die wachsende Erkenntnis, daß für die baltischen Staaten nur eine Politik das Ziel bringen kann: eine Politik, die nach Kräften auf Aufrechterhaltung aller Koalitionen und auf die Bildung eines unparteiischen Bundes der europäischen Völker gerichtet ist, eines Bundes, der den Frieden bewachen und die Rechte der Kleinen ebenso wahren könnte wie die der Großen. In den baltischen Staaten muß man auf dieses Ziel glauben, wenn man das Vertrauen auf den Bestand der jungen und geliebten Unabhängigkeit nicht aufgeben will. Noch ist es weit bis zu diesem Ziel. Aber man hat der Aufnahme der baltischen Staaten in den Völkerbund hier so großes Gewicht beigemessen, weil man darin den Beginn einer fruchtbareren Entwicklung erblickt.

Als ein weiteres tröstliches Wahrzeichen mag man es betrachten, wenn man sieht, wie der Krieg doch hier und da auch den Werken des Friedens hat dienen müssen, wie beispielsweise das völkerverbindende Verkehrsnetz der Zukunft, das als Flugzeug, gerade den Erdereimitteln des Krieges seinen beispiellos schnellen Aufschwung verdankt. Die „Mit-Europa-Union“, eine Verkehrsorganisation des Vero Lloyd, der lettisch-litauischen Luftverkehrs-gesellschaft, des estländischen Aero-naut, der Jundens-Werke und der Danziger Luftpost, vermittelt auf den schnellsten, ganz aus Metall gebauten Jundens-Flugzeugen den Luftverkehr mit Danzig, Memel, Warschau, Riga und Reval, während die „Deruluf“ den regelmäßigen Flugdienst mit Moskau versteht. Aber es eilig hat, um nach Riga zu kommen, benutzt den Nachzug von Berlin nur bis Königsberg, wo an der Bahn ein Auto wartet, das den Rei-